



Wirtschaftsvereinigung Stahl



Stahlbüro Düsseldorf

03.06.2015

Gemeinsame Erklärung zum G7-Gipfel in Elmau

Am 7./8. Juni 2015 findet auf Schloss Elmau unter deutscher Präsidentschaft der G7-Gipfel statt. Neben der Behandlung von Fragen der Weltwirtschaft und der Außen- und Sicherheitspolitik sollen dabei auch wegweisende Impulse für die in diesem Jahr anstehenden Verhandlungen zum internationalen Klimaabkommen und zur Post 2015-Agenda gesetzt werden.

Das IG Metall Stahlbüro und die Wirtschaftsvereinigung Stahl begrüßen die Bestrebungen, im Rahmen der G7 auf gemeinsame internationale Anstrengungen beim Klimaschutz und den globalen Nachhaltigkeitszielen hinzuwirken. Die Stahlindustrie und ihre Beschäftigten unterstützen eine global nachhaltige Wirtschaftsweise unter ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten. Eine stabile Sozialpartnerschaft, ein sparsamer Einsatz an Energie, Rohstoffen und Ressourcen sowie eine Minimierung der Treibhausgasemissionen sind auch zentrale Ziele unserer Branche. Dafür sind wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen erforderlich.

Unter diesen Gesichtspunkten sollten auf dem Weg zu globaler Nachhaltigkeit und wirksamem Klimaschutz insbesondere auf folgenden Feldern die Bedingungen passend ausgestaltet werden:

1. Es muss ein belastbares und umfassendes internationales Abkommen über den globalen Klimaschutz geschlossen werden

Auf der Klimakonferenz in Paris vom 30. November bis 11. Dezember 2015 wird die Verabschiedung eines neuen internationalen Klimaabkommens für die Zeit nach 2020 angestrebt. Klimaschutz kann nur im Rahmen eines internationalen Abkommens durch eine konzertierte Anstrengung auf der globalen Ebene gelingen.

Im Alleingang auf der nationalen oder europäischen Ebene kann der Klimawandel nicht wirkungsvoll bekämpft werden. Entscheidend ist dabei, dass andere bedeutende Stahlstandorte wie China oder USA sich zu vergleichbar ambitionierten Zielen wie die EU verpflichten.

2. Der Emissionsrechtehandel muss so ausgestaltet werden, dass langfristig eine wettbewerbsfähige Stahlproduktion in Deutschland und Europa möglich bleibt

Um international gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, muss die Industrie in allen Ländern vergleichbaren klimapolitischen Auflagen und Kosten unterliegen. Der Emissionsrechtehandel ist ein zentrales Instrument der Europäischen Union, um die Klimaziele in der Industrie umzusetzen. Um Wettbewerbsnachteile gegenüber Ländern außerhalb der EU zu vermeiden, muss das System auf die globale Ebene ausgedehnt werden. Gerade für Schwellen- und Entwicklungsländer mit industriellem Nachholbedarf wird dies nur gelingen, wenn es mit industriellem Wachstum vereinbar ist.

Auf absehbare Zeit gibt es außerhalb Europas an den bedeutenden weltweiten Stahlstandorten jedoch keine oder keine vergleichbar ambitionierten Emissionshandelssysteme mit Beteiligung der Stahlindustrie. Solange dies der Fall ist, müssen in Deutschland und Europa für im internationalen Wettbewerb stehende Industrien auch über 2020 hinaus wettbewerbsfähige Bedingungen zum Schutz vor Auslagerung von Produktion, Arbeitsplätzen und Emissionen geschaffen werden.

3. Um international ein Vorbild zu sein, muss die Energiewende bezahlbar sein und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen

Die deutsche Energiewende hat mit dem Ausstieg aus der Atomenergie eine Priorität gesetzt und ambitionierte Ausbauziele für erneuerbare Energien formuliert. Die Integration der schwankenden Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien in das Stromversorgungssystem und der damit einhergehende Ausbau der Netze stellen den Industriestandort vor große ökonomische Herausforderungen. Um auch international Vorbild für andere Länder zu sein, kommt es nun darauf an, die Energiewende so zu gestalten, dass die Energieversorgung bezahlbar und sicher bleibt und die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Wirtschaftszweige und ihrer Arbeitsplätze gesichert ist.

Eine wettbewerbsfähige Stahlindustrie ist dabei eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende in Deutschland. Der Werkstoff Stahl und seine Innovationen spielen beim Ausbau der Windkraft, Effizienzverbesserungen bei thermischen Kraftwerken und auch beim Netzausbau eine zentrale Rolle.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie zu wahren, müssen die Rahmenbedingungen der Energiewende auch in Zukunft so gestaltet werden, dass ein Verdrängungswettbewerb verhindert werden kann. Wesentlich sind Belastungsbegrenzungen wie die besondere Ausgleichsregelung beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Auch die ökologisch effiziente Eigenstromerzeugung, insbesondere auf Basis der Nutzung von prozessbedingt unvermeidbar anfallenden Restgasen und Restenergien, sollte weiterhin von der Umlage ausgenommen werden.

4. Nachhaltige permanente Werkstoffe wie Stahl müssen in der Post-2015-Agenda Berücksichtigung finden

Zu einem Schwerpunkt ihrer G7-Präsidentschaft macht die Bundesregierung auch die Ressourceneffizienz. In diesem Jahr soll auf UN-Ebene die sogenannte Post-2015-Agenda verhandelt werden, in der Nachhaltigkeitsziele gleichermaßen für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer formuliert werden sollen. Auch der Schutz und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen werden dabei einen wichtigen Stellenwert haben. Die Stahlindustrie in Deutschland leistet in diesem Bereich einen wichtigen Beitrag und nimmt im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz ein.

Mit neuen und innovativen Stahlwerkstoffen, etwa im Bereich der höherfesten Stähle, trägt sie in der Anwendung zu mehr Material- und Energieeffizienz sowie niedrigeren CO₂-Emissionen bei. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Hightech-Stähle einen höheren Produktionsaufwand und damit auch höhere Ressourcennutzung bedeuten, gleichzeitig dann aber in der Gebrauchsphase einen effizienteren Umgang mit Ressourcen und Energien ermöglichen. Die Stahlindustrie arbeitet zudem kontinuierlich an der Schließung von Stoffkreisläufen und spart auf diese Weise in ganz erheblichem Maße natürliche Ressourcen und auch CO₂-Emissionen ein.

Permanente Werkstoffe wie Stahl, die nicht verbraucht, sondern durch Recycling dauerhaft zur Verfügung stehen, sind nachwachsenden Materialien nahezu gleichwertig. Diese Vorteilhaftigkeit bei der nachhaltigen Materialerhaltung sollte in den Verhandlungen zu den Nachhaltigkeitszielen und deren Umsetzung im Bereich

der Ressourceneffizienz explizit Berücksichtigung finden. Zudem muss ein umweltschutzrechtlicher Rahmen geschaffen werden, in dem die Nutzung von Nebenprodukten gefördert und nicht behindert wird.

Ansprechpartner:

Heiko Reese

Leiter des IG Metall Zweigbüros

Rossstr. 94

40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 96503-119

heiko.reese@igmetall.de

Roderik Hömann

Leiter Energie- und Klimapolitik

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Französische Straße 8

10117 Berlin

Tel: 030 2325546 10

Roderik.Hoemann@wvstahl.de